

Nr. 175

Vermerk auf einem Brief des Kollegiumsmitglieds  
des Volkskommissariats für Gesundheitswesen, E. P. Radin

6. Mai 1919

Zur Einschätzung  
an Stalin, Skljanski  
und Dzierzynski<sup>1)</sup>

6. V. *Lenin*

Zur Berichterstattung  
*im Verteidigungsrat*

im Kampf gegen Kolttschak droht die Gefahr, daß unsere Kommissariate, die Geschäftsstellen der Deputiertensowjets, die Hauptverwaltungen und zentralen Einrichtungen sich in Schlupflöcher für die Entziehung vom Wehrdienst verwandeln. Das Verwaltungsinteresse steht sehr oft über dem gesamtstaatlichen Gesichtspunkt. Im Kampf gegen diese geheime und offensichtliche Drückebergerei sind dringende Maßnahmen erforderlich.

Die staatliche Kontrolle im Zentrum und alle ihre örtlichen Organe müssen verpflichtet werden, Zuweisungen von Gehaltsgeldern auf Anforderungslisten nicht zu genehmigen, wenn nicht 1. Angaben über die Jahrgänge und 2. bei wehrpflichtigen Jahrgängen der Liste die Bescheinigungen über die erfolgte Freistellung vom Wehrdienst beigefügt sind.

Es wäre darüber hinaus angebracht, über die Sonderabteilung der Gesamtrussischen Tscheka unter dem Vorsitz des Genossen Kedrow Angaben über die Personen der verschiedenen Kategorien durch die Leiter der Institutionen anzufordern.<sup>2)</sup> Die letzte Maßnahme ist jedoch nicht erschöpfend, da sie nur einzelne Kategorien erfaßt, die erste von mir empfohlene Maßnahme erfaßt jedoch alle, ohne Ausnahme. Hinzu kommt, daß es nicht immer einfach ist zu bestimmen, welche Personen zu einer bestimmten Kategorie gehören und es kann passieren, daß mehrere Personen sogar ohne Absicht übergangen werden.

*Jewg. Radin*

Zentrales Parteiarchiv des Institutes für Marxismus-Leninismus,  
Fond 2, Abt. 1, Ablage 9630, Bl. 1—2, nach einem handschriftlichen  
Schriftstück